

Handelsblatt print: Nr. 013 vom 20.01.2021 Seite 005 / Thema des Tages

RENATE KÖCHER

"Neue Risse in der Gesellschaft"

Die Allensbach-Chefin sieht viele Kollateralschäden im Kampf gegen Corona. Auch die Aggressivität im Land wachse.

Thomas Tuma

Nach knapp einem Jahr Kampf gegen Corona in Deutschland sagen immer mehr Bundesbürger, es gehe ihnen schlechter als vor der Pandemie - bislang zwar nicht materiell, aber psychisch. Zu diesem Ergebnis kommen die jüngsten Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach. Geschäftsführerin Renate Köcher beobachtet zudem, dass die Gesellschaft im Kampf gegen die Pandemie egoistischer geworden sei.

Frau Köcher, der zweite Lockdown in der deutschen Geschichte wird weiter verlängert. Was macht das mit uns Bundesbürgern?

Bemerkenswert ist, wie stoisch das Land die ja nun wirklich teilweise drakonischen Maßnahmen weiterhin unterstützt - und das, obwohl viele zunehmend durch die Situation belastet und genervt sind, insbesondere die jüngere und die mittlere Generation. In der mittleren Generation zieht inzwischen die Hälfte die Bilanz, dass es ihr schlechter geht als vor Corona - und zwar nicht materiell, sondern psychisch, von dem ganzen Lebensgefühl her. Was den Menschen besonders zu schaffen macht, ist der Verlust an Planungssicherheit und vor allem, dass noch kein Ende der Ausnahmesituation abzusehen ist.

Diese "Generation Mitte", das sind die 30- bis 59-Jährigen, das sind 35 Millionen Menschen, die rund 80 Prozent der steuerpflichtigen Einkünfte erwirtschaften, also Herz und Hirn der Republik, oder?

Es ist die Generation, die natürlich von den wirtschaftlichen Kollateralschäden überdurchschnittlich betroffen ist wie auch von den Schulschließungen, die ihren Arbeitsalltag teilweise neu organisieren musste und durch Homeschooling gefordert war und ist.

Warum hört man von den Bürgern so wenig Protest?

Die deutsche Bevölkerung ist gerade in solchen Ausnahmesituationen sehr diszipliniert. Die bunte Gruppe der Verweigerer - Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker - bleibt in Deutschland mit knapp zehn Prozent eine Randerscheinung. Aber die Staatshilfen spielen auch eine große Rolle. Bisher ist es in bemerkenswertem Maße gelungen, die große Mehrheit vor spürbaren Einbußen und Arbeitsplatzverlust zu schützen, insbesondere auch durch die Kurzarbeiterregelungen.

Beim ersten Lockdown wurde von manchen noch geschwärmt, die Krise führe zu einem neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Können Sie das bestätigen?

Eine Gesellschaft, die sich fürchtet und deshalb abkapselt, wird in der Regel nicht als besonders solidarisch erlebt. Die Mehrheit hat vielmehr den Eindruck, dass Ängste, Egoismus, teilweise auch Aggressivität und Ungeduld zugenommen haben und nicht die Solidarität und Hilfsbereitschaft. Die Gesellschaft wird als kälter und ungemütlicher empfunden. Davon können auch gerade viele Mieter von Gewerbeimmobilien in den Städten ein Lied singen.

Wie unterscheiden sich überhaupt verschiedene Altersgruppen in ihrer Krisenwahrnehmung?

Die ältere Generation hat mit den Einschränkungen deutlich weniger Probleme als die mittlere und die junge Generation - auch weil viele schon vor der Krise zurückgezogener lebten. Die unter 30-Jährigen tun sich dagegen mit den Kontaktbeschränkungen besonders schwer.

Wie verändert sich der Anteil jener, die mit den Maßnahmen im Kampf gegen Corona generell unzufrieden sind?

Es gab einen Einbruch im Oktober. Da fiel die vorher enorm hohe Zustimmung von rund 75 auf 65 Prozent - was immer noch einen außerordentlich großen Rückhalt bedeutet. Die Resonanz auf den zweiten Lockdown untersuchen wir zurzeit.

Welche Parteiunterschiede sehen Sie bei der Akzeptanz der Corona-Politik?

Es gibt über Parteigrenzen hinweg eine sehr große Koalition der Zustimmung, mit Ausnahme der AfD-Anhänger.

Rund ein Drittel der von Allensbach Befragten sagt mittlerweile, man müsse vorsichtig sein, zu den Corona-Maßnahmen seine Meinung zu sagen. Was verrät das über Demokratie und Gesellschaft?

In der öffentlichen Diskussion werden teilweise auch sachliche Kritik oder auch nur Zweifel unter Verdacht gestellt. Die Leute möchten ja nicht den Corona-Leugnern zugerechnet werden; das trägt zu dem Eindruck bei, man müsse vorsichtig sein.

Dann wird doch auch die Kritik in Umfragen nicht deutlich, oder?

Doch. Wenn wir die einzelnen Maßnahmen zur Diskussion stellen, gibt es durchaus viel Kritik und Ärger über widersprüchliche oder nicht ausreichend begründete Regelungen. Trotzdem wird der generelle Kurs der Regierung bis dato mitgetragen - auch, weil die große Mehrheit den Eindruck hat, dass Deutschland sich besser schlägt als viele andere Länder in Europa.

Von vielen Ostdeutschen hört man: "Dafür sind wir 1989 nicht auf die Straße gegangen, dass wir jetzt nicht mal unsere Meinung sagen dürfen."

Wir haben kürzlich erfragt, was sich für die Menschen durch die Krise verändert hat. Unter anderem zogen rund 40 Prozent die Bilanz, dass sie die Berichterstattung der Medien jetzt kritischer sehen als vor der Krise. Das fand ich bemerkenswert, da die Medien in den ersten Wochen der Krise, als der Informationsbedarf besonders groß war, ein sehr positives Zeugnis ausgestellt bekamen.

Schwingt da Enttäuschung über die Berichterstattung mit?

Wenn ein Thema über viele Monate dermaßen dominiert und Ängste stimuliert, stumpft fast zwangsläufig ein Teil ab, während andere psychisch außerordentlich belastet werden. Das Fernsehen spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle, mehr als die Printmedien. Dazu kommt, dass der Informationsnährwert der Corona-Berichterstattung mittlerweile überschaubar ist. Ich persönlich vermisse mehr genuine Neugierde, zum Beispiel insistierende Fragen an Politik und Wissenschaft ...

... etwa, ob man die Infektionsherde nicht besser identifizieren müsste?

Natürlich. Es wird immer so getan, als ob man dazu bei jedem Einzelfall die Kontakte nachverfolgen müsste, und das klappt ja schon lange nicht mehr. Stattdessen müssten die Infizierten zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation befragt werden und mit Nichtinfizierten verglichen werden. Dann könnte man klären, ob Infizierte überdurchschnittlich berufstätig sind und in welchen Berufen, ob sie überdurchschnittlich in Büros arbeiten, besonders viele Kontakte haben, in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, ob sie überdurchschnittlich Kinder im schulpflichtigen Alter haben, sowie das Freizeit- und Einkaufsverhalten. Solche Informationen würden sicher helfen, bei der Bekämpfung gezielt vorzugehen und nicht derart große Kollateralschäden auszulösen.

Die Wirtschaft steht aktuell noch recht gut da, und die Menschen verfügen über ein vergleichsweise hohes frei verfügbares Einkommen, haben Sie analysiert. Korrekt?

Im Durchschnitt ist das frei verfügbare Einkommen heute höher als 2019, wie auch der Anteil der Bürger, die mit ihrer finanziellen Lage zufrieden sind. Hier spielen Hilfen wie Kurzarbeitergeld und Aufstockungen durch die Unternehmen natürlich eine große Rolle, aber auch die jüngste Rentenerhöhung, Boombranchen wie der Online- und Lebensmittelhandel und der große Sektor der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Tun sich da nicht neue gesellschaftliche Risse auf? Zwischen Corona-Gewinnern und - Verlierern?

Die gibt es schon. Das wird in der öffentlichen Debatte nur kaum sichtbar, da diejenigen, deren Existenz zurzeit auf dem Spiel steht, sich nicht hörbar zu Wort melden, sondern nur noch verzweifeln. Und die staatlichen Hilfen sind bisher ja überwiegend Versprechen, während viele kleine Selbstständige nicht mehr wissen, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen. Die Krise zeigt beunruhigende Leistungsdefizite der staatlichen Verwaltung.

Sie meinen die fehlende Digitalisierung des Gesundheits- oder Bildungssystems?

Da wird es besonders deutlich. Die Ausstattung von Gesundheitsämtern und Schulen ist völlig unbefriedigend, aber auch die Organisation der wirtschaftlichen Hilfen. Viele Unternehmen wie auch die Mehrheit der Bürger haben in den letzten Monaten die Erfahrung gemacht, dass im staatlichen Bereich vieles nicht gut funktioniert hat, zum Beispiel auch, dass kommunale Ämter zu Homeoffice übergangen, ohne ihre Leistungsfähigkeit sicherstellen zu können, da Unterlagen nicht digitalisiert waren. Die Frage ist: Kümmert sich überhaupt jemand um die Aufarbeitung dieser Defizite?

Inwieweit wird Corona Einfluss auf die Bundestagswahl haben?

Die Unionsparteien CDU und CSU haben durch die Krise enorm an Rückhalt in der Bevölkerung gewonnen. Anfang vergangenen Jahres schnitten beide Parteien in den Umfragen ja deutlich schwächer ab. Krisen sind nun mal die Stunde der Exekutive, wovon die mitregierende SPD allerdings kaum profitiert hat. Die Pandemie wird die Bundestagswahl sicher noch beeinflussen. Wie stark genau, das hängt aber davon ab, ob in den Monaten vor der Wahl Corona immer noch das einseitig dominierende Thema ist oder ob dann auch andere Themen wieder eine größere Rolle spielen, zum Beispiel Umwelt und Klima.

Frau Köcher, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Thomas Tuma .

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Vita

Der Mensch Renate Köcher studierte Volkswirtschaft, Soziologie und Publizistik.

Seit 1988 ist die mittlerweile 68-Jährige Mitglied der Allensbacher
Geschäftsführung.

Die Firma Das Institut für Demoskopie Allensbach wurde 1948 von Elisabeth
Noelle-Neumann gegründet. Nach ihrem Tod 2010 übernahm Renate Köcher die
Führung am Bodensee.

Tuma, Thomas

Quelle: Handelsblatt print: Nr. 013 vom 20.01.2021 Seite 005

Ressort: Thema des Tages

Dokumentnummer: CB50E497-E6D7-4589-BA46-013929A35B01

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://archiv.handelsblatt.com/document/HB_CB50E497-E6D7-4589-BA46-013929A35B01%7CHBPM_CB50E497-E6D7-4589-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:

nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH